

Zeitschrift: Action : Zivilschutz, Bevölkerungsschutz, Kulturgüterschutz = Protection civile, protection de la population, protection des biens culturels = Protezione civile, protezione della popolazione, protezione dei beni culturali

Herausgeber: Schweizerischer Zivilschutzverband

Band: 54 (2007)

Heft: 5

Artikel: 2,9 Milliarden pro Jahr für den Schutz vor Naturgefahren

Autor: [s.n.]

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-370574>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 16.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

PLANAT-STUDIE

2,9 Milliarden pro Jahr für den Schutz vor Naturgefahren

BABS. Jährlich werden in der Schweiz für Massnahmen zum Schutz vor Naturgefahren 2,9 Milliarden Franken ausgegeben, wobei etwa 60 Prozent von Privaten und 40 Prozent von der öffentlichen Hand stammen. Dies zeigt eine Studie, die von der Nationalen Plattform Naturgefahren PLANAT in Auftrag gegeben und vom Bundesamt für Bevölkerungsschutz BABS geleitet wurde.

für den Schutz vor Naturgefahren viel oder wenig? Der Betrag macht etwa 0,6 Prozent des Brutto-Inland-Produkts (BIP) aus; er entspricht rund 70 000 Franken pro Quadrat-kilometer oder 290 Franken pro Kopf (jährlich). Was genug ist und was das Richtige, bedarf einer breiten öffentlichen Diskussion, zu der die vorliegende Studie eine wichtige Grundlage bietet.

Der Bundesrat hat die Plattform Naturgefahren PLANAT im August 2003 beauftragt, eine Gesamtübersicht über die von Bund,

Kantonen, Gemeinden und Privaten eingesetzten Mittel und Ressourcen zu erarbeiten. Das Bundesamt für Bevölkerungsschutz BABS hat das Projekt geleitet. Im Mai 2005 wurden entsprechende Zahlen dem Bundesrat vorgelegt. Diese Ergebnisse sind auch für Fachleute aus dem Naturgefahrenbereich und der Ereignisbewältigung sowie für politische Verantwortliche auf kantonaler und kommunaler Ebene von Interesse. Die PLANAT liefert mit dem vorliegenden Dokument nun eine grössere Zusammenfassung.

Die Studie «Jährliche Aufwendungen für den Schutz vor Naturgefahren in der Schweiz» weist aus, dass bei den untersuchten Gefahrenarten mit 862 Millionen Franken (knapp 30 Prozent) am meisten in den Schutz vor Hochwasser investiert wird; es folgt der Sturm mit 512 Millionen. Daran schliesst sich das Mittelfeld mit Erdbeben (371), Gewitter (371), geologische Massenbewegungen (303) und Lawinen (300) an. Am Schluss stehen die Aufwendungen für die Vorsorge für Perioden mit Extremtemperaturen mit 154 Millionen Franken.

Massnahmentypen

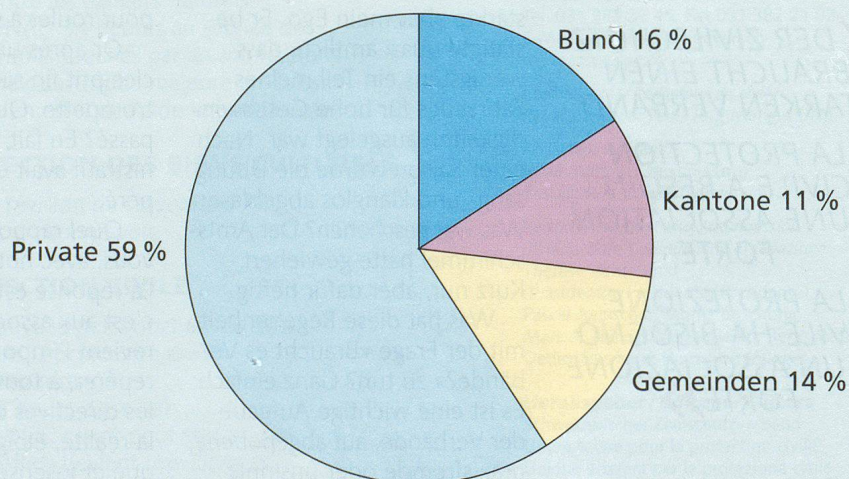
Die Studie unterscheidet vier Massnahmentypen, die der Abwehr grösserer Naturereignisse dienen. Der Löwenanteil wird dabei investiert in die Prävention, also in die Vermeidung von Schäden: Für sie wurde fast die Hälfte aller Mittel ausgegeben (1311 Millionen Franken). Dabei geht es vorwiegend um baulich-technische Massnahmen. Der zweitgrösste Posten ist mit 37 Prozent die Vorsorge für die Regeneration, wobei davon Dreiviertel auf Versicherungsprämien entfallen.

Die Vorsorge für die Intervention, also Vorbereitungen im Hinblick auf den Einsatz des Bevölkerungsschutzes mit seinen fünf Partnerorganisationen Polizei, Feuerwehr, Gesundheitswesen, technische Betriebe und Zivilschutz, schlägt mit 14 Prozent zu Buche. 4 Prozent aller Mittel fliessen in die Erarbeitung von Grundlagen (Forschung und Entwicklung).

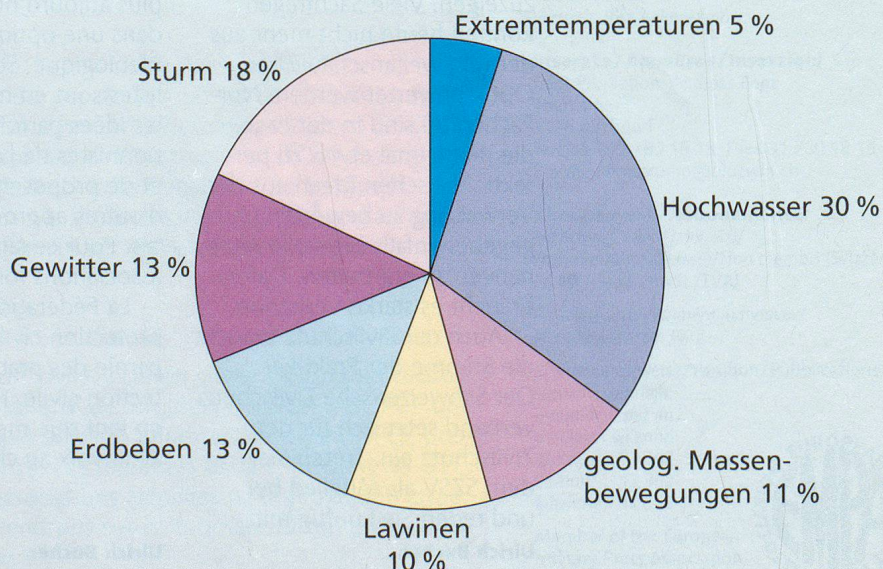
Im Auftrag des Bundesrates

Nach Naturereignissen, die zu grossen menschlichen Verlusten und hohen Sachschäden führen, wird regelmässig die Frage aufgeworfen, ob denn für die Verhinderung und Vorsorge genug und das Richtige getan werde. Sind 2,9 Milliarden Franken pro Jahr

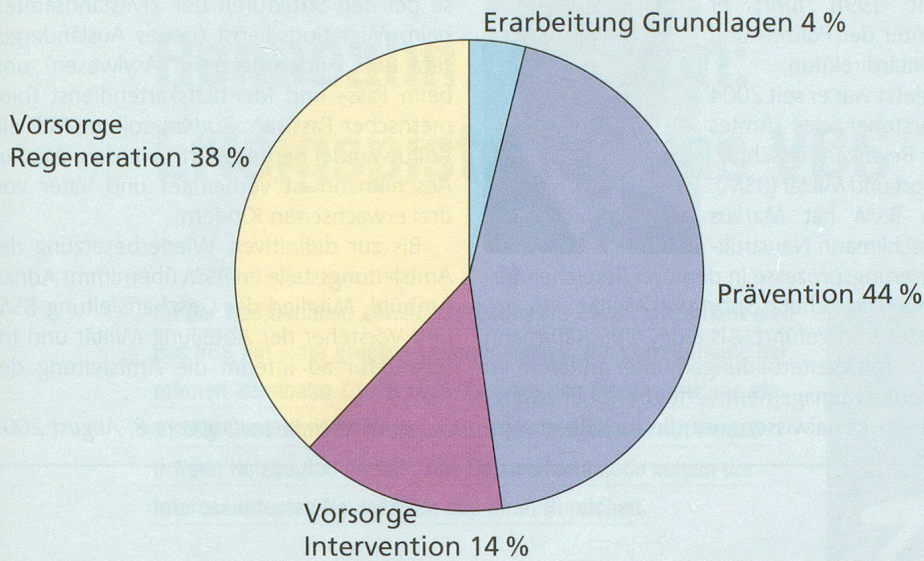
Mittelaufwand nach Akteuren



Mittelaufwand nach Gefahrenart



Mittelaufwand nach Massnahmentyp



Ein Teil der ausgewiesenen Daten stammt aus öffentlich zugänglichen Statistiken, viele Informationen konnten nur im persönlichen Kontakt zu Vertretern der einzelnen Akteure

beschafft werden. Die beschränkte Verfügbarkeit der benötigten Daten, die grosse Anzahl Akteure und durch grössere Schadenereignisse verursachte Schwankungen mach-

ten ein pragmatisches Vorgehen nötig. So wurde in vielen Fällen hochgerechnet und, gestützt auf Globaldaten, geschätzt und über mehrere Jahre gemittelt. Die publizierten Zahlen beziehen sich auf ein durchschnittliches Jahr aus der Periode 2000 bis 2005.

Für eine Risikokultur

Die PLANAT setzt sich (auf strategischer Ebene) dafür ein, dass die Vorbeugung gegen Naturgefahren in der ganzen Schweiz verbessert wird. Der Bundesrat hat diese ausserparlamentarische Kommission 1997 ins Leben gerufen. In der PLANAT sind Fachstellen des Bundes – so auch das Bundesamt für Bevölkerungsschutz BABS – und der Kantone ebenso vertreten wie die Forschung, Berufsverbände, die Wirtschaft und die Versicherungen. Ihr Ziel ist der Wandel weg von der reinen Gefahrenabwehr und hin zu einer eigentlichen Risikokultur.

Im Sinne einer Übersicht hat die PLANAT auch einen Flyer zur Thematik der Aufwendungen für den Schutz vor Naturgefahren erarbeitet. Die Studie und der Flyer (sobald vorhanden) sind auf www.planat.ch zu finden. □

NATIONALE ALARMZENTRALE (NAZ)

Zahl der Ereignismeldungen stabil

BABS. Bei der Nationalen Alarmzentrale im Bundesamt für Bevölkerungsschutz sind im ersten Halbjahr 2007 152 Ereignismeldungen eingegangen. Dies entspricht den Erfahrungswerten der Vorjahre. Ebenso ist die Verteilung von zwei Dritteln Meldungen aus dem Ausland, ein Drittel aus der Schweiz dieselbe. Viel Arbeit haben der NAZ im ersten Halbjahr vor allem extreme Wetterverhältnisse in der Schweiz beschert, so der Orkan Kyrill im Januar und die Dürreperiode im April/Mai.

Im Januar wurde das Lagezentrum der NAZ wegen einer Unwetterwarnung der Gefahrenstufe 2 aktiv. Ein starker Sturm wurde angekündigt, welche Erinnerungen an Lothar weckten. Umgehend wurden möglicherweise betroffene Organisationen gewarnt, darunter die Netzbetreiber und die SBB. Auf der Elektronischen Lagedarstellung (ELD) wurden den Einsatz- und Führungsorganen alle notwendigen Informationen zur aktuellen Situation und zur Wetterentwicklung zur Verfügung gestellt. Nach rund drei Tagen kam dann die Entwarnung und die Erleichterung. Kyrill richtete letztlich in der Schweiz weit

weniger Schaden an als Lothar 1999. Während der Dürreperiode im April und Mai mit Waldbrandgefahr in praktisch der gesamten Schweiz verfolgte die NAZ die Lage während einem Monat laufend und stellte auf der ELD eine Gesamtübersicht zur Verfügung. Dazu gehörten auch regelmässige Einschätzungen der Fachstellen zur Wetter- und zur Wassersituation. 22 Kantone publizierten ihre offiziellen Mitteilungen und Verhaltensempfehlungen ebenfalls in der ELD. Damit wurde eine schweizweite Übersicht über erlassene Massnahmen möglich. Erst nach Aufheben des Feuerverbots im letzten Kanton stellte

auch die NAZ ihre lagespezifische Tätigkeit ein.

Mehr radioaktive Quellen beschlagnahmt

Wie in den Vorjahren betraf der grösste Teil der Meldungen aus dem Ausland Vorfälle in Kernanlagen oder in Zusammenhang mit radioaktiven Quellen. Im ersten Halbjahr 2007 lässt sich aber eine Verschiebung feststellen: Die Anzahl Meldungen zu Störungen in Kernkraftwerken ist gegenüber der Vergleichsperiode 2006 um rund 20 Prozent zurückgegangen (59 gegenüber 74). Dafür sind die Meldungen zu aufgefundenen oder konfiszierten radioaktiven Quellen markant gestiegen. 12 Fällen zwischen Januar und Juni 2006 stehen 18 Fälle in der gleichen Zeitperiode 2007 gegenüber. Ob diese Zunahme auf vermehrten versuchten Handel mit illegalen Stoffen oder verstärkte Kontrollen zurückzuführen ist, bleibt allerdings offen. □